

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Lauterbach,

15.12.2022

Dank Ihrer Hilfe und Expertise habe ich die Corona Pandemie bisher infektionsfrei überstanden. Für Ihren unermüdlichen Einsatz und Ihren Mut, der Bevölkerung die unbequemen Wahrheiten nicht zu verschweigen bin ich Ihnen sehr dankbar. Als Mitglied der Partei Bündnis 90/ Die Grünen, freue ich mich sehr, dass Sie Gesundheitsminister geworden sind. Unser Bundeskanzler würde sagen: Sie wollten ihn, nun haben Sie ihn.

Aber, lieber Herr Lauterbach, ich sehe Sie nicht mehr. Die Corona-Pandemie ist zwar noch nicht überwunden, aber ein weiteres, hoch aktuelles gesundheitliches Thema braucht Ihren unerschrockenen Einsatz, der das gesamtgesellschaftliche Wohl im Blick hat.

Ich lese gerade den Aktionsplan-Queer-Leben ([www.aktionsplan-queer-leben-data.pdf](http://www.aktionsplan-queer-leben-data.pdf)) von Herrn Sven Lehmann, parlamentarischer Staatssekretär und Queer-Beauftragter von Bündnis 90/Die Grünen, der den Arbeitsprozess koordinieren wird. Ihm obliegt also die konkrete Ausgestaltung, Prioritätensetzung und Umsetzung aller Maßnahmen. Unterstützung bekommt er von der extra dafür eingerichteten *Bundesservicestelle für Queeres Leben* unter Einbezug von *Verbänden* und Ländern. Welche unabhängigen Verbände, Mediziner und Psychologen zu dieser Bundesservicestelle gehören, erfährt man hier leider nicht. Wer genau, Herr Lauterbach, wird für den wichtigen Punkt 4, Gesundheit, Herrn Lehmann mit entsprechender medizinischer und psychologischer Expertise unterstützen? Wer begleitet aus Ihrem Hause diesen Prozess? Müssen wir befürchten, dass sich ausschließlich Verbände aus der LSBTIQ\* Community in diesen wichtigen Prozess einbringen werden?

Es ist erschreckend zu lesen, dass neben der LSBTIQ\* Community unter dem Punkt 4 Gesundheit die große Mehrheit der Bevölkerung mit keinem Wort Berücksichtigung findet. Wie kann das sein? Die Frage, wie Sie es in Ihrer Verantwortung als Gesundheitsminister für die gesamte Bevölkerung verantworten können, was hier unter Punkt 4 Gesundheit ins Gesetz geschrieben werden soll, ist offen.

Als wahrer Alptraum für alle Eltern gestaltet sich der Punkt 4.3, der das „Gesetz zum Schutz von Konversionsbehandlungen“ als Maßnahme vorschlägt und tatsächlich ein grausames Unrecht gegen Eltern beinhaltet. Das Gesetz soll verhindern, dass der Wunsch von Erwachsenen und Jugendlichen nach Transition angezweifelt werden darf. Selbst die bisherige Strafausnahme für Eltern soll nach Möglichkeit aufgehoben werden.

Für Eltern bedeutet das ganz konkret, dass sie künftig den Wunsch ihrer Kinder nach einer Transition noch nicht einmal mehr kritisch hinterfragen dürfen! Der Staat entzieht allen Eltern dieses Landes auf Wunsch von Queer-Aktivisten bei einer derart existenziellen Frage die Gesundheitsorge! Im schlimmsten Fall müssten Eltern also künftig wortlos dabei zusehen, wie ihr Kind chemisch und operativ kastriert wird – selbst, wenn sie von einer Fehlentscheidung überzeugt sind.

Ein staatlich verordneter Maulkorb, wenn die über alles geliebte Tochter sich die Gebärmutter rausnehmen und die Busen abschneiden lässt. Unterstützendes Nicken, wenn dem eigenen Sohn der Penis abgetrennt wird. Wissend, dass die Kinder fortan lebenslang schreckliche Nebenwirkungen und ein erhöhtes Krankheitsrisiko bevorstehen. Brutaler kann man nicht in die Verantwortung und Sorgeberechtigung von Eltern eingreifen. Wollen Sie das verantworten?

Ich möchte davon ausgehen, dass Ihnen die Kommentare im Deutschen Ärzteblatt zu dieser Thematik bekannt sind. Ein am 02.12.2022 veröffentlichter Artikel im Deutschen Ärzteblatt weist auf einen "eklatanten Prävalenzanstieg" in diesem Bereich hin, deren Ursachen bisher nicht geklärt sind. Auch die Erfahrungen, welche im Ausland mit medizinischen Behandlungen an Kindern und Jugendlichen gemacht worden sind, sowie die gezogenen Konsequenzen daraus, dürften Ihnen bekannt sein. In England wurde als Konsequenz eine Klinik bereits geschlossen, Schweden stellt die

Gabe von Pubertätsblockern für Menschen unter 18 Jahren ein, Frankreich warnt aufgrund fehlender Evidenz vor vorschnellen hormonellen und operativen Transitionen.

70 Millionen Euro stehen Herrn Lehmann bereits ausschließlich für sein Engagement für seine LSBTIQ\* Community zur Verfügung. Offensichtlich nicht genug. Auf Seite 16 des aktionsplan- queer-leben heißt es: *Etwaige Mehrbedarfe durch aufgeführte Maßnahmen sind - vorausgesetzt, es besteht hierfür eine Kompetenz des Bundes - von den betroffenen Einzelplänen innerhalb der geltenden Haushaltsansätze bei der Aufstellung des jeweiligen Bundeshaushalts zu decken.*

Unter Punkt 4.5 - Spezifische Gesundheitsversorgung sicherstellen heißt es:

*Die Kosten geschlechtsangleichender Behandlungen müssen vollständig von der GKV übernommen werden gemäß dem anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnisse.* Gibt es von Ihrer Seite eine solide Abschätzung darüber, welche zusätzlichen Kosten zukünftig auf die GKV zukommen werden? Werden hierbei ggf. auch Detransitionen (operative Rückführung in das ursprüngliche Geschlecht) berücksichtigt? Wie lange und in welchem Umfang werden Psychotherapien und Hormongaben, die wahrscheinlich lebenslang erforderlich sein werden in dieser Rechnung berücksichtigt?

Sehr geschätzter Herr Gesundheitsminister Lauterbach,  
bitte nehme Sie Ihre Verantwortung auch hier wahr und vertreten Sie weiterhin die gesamte Bevölkerung. Ich appelliere an Sie, Ihrer Fürsorge und Verantwortung für alle Menschen, insbesondere für Kinder und Jugendliche, gerecht zu werden. Bitte stellen Sie daher auch sicher, dass die Vorhaben im Aktionsplan von der eigens dafür eingerichteten Bundesservicestelle für Queeres Leben unter Einbindung von Verbänden und Ländern den von mir genannten Themen angemessen begleitet werden kann. Wichtig ist auch, dass in dieser Bundesservicestelle nicht ausschließlich diejenigen sitzen, die einem gender-affirmativen Ansatz unkritisch befürworten. Es müssen auch Stimmen zum Beispiel von Detransitionierten, skeptischen Eltern sowie Schwulen und Lesben mit genderdysphorischen Episoden in ihrer Entwicklung Gehör finden.

Nur so werden Sie Ihren Beitrag dazu leisten, dass transsexuelle Menschen zu ihren Rechten kommen und auch in der gesamten Gesellschaft Akzeptanz finden. Denn dies sollte doch das Ziel sein, oder?

Ich hoffe sehr, Sie bald wieder deutlich zu hören. In Ihrer Fürsorge und Verantwortung für alle Menschen, insbesondere für unserer Kinder und Jugendlichen.

Mit freundlichen, aber sehr besorgten Grüßen,

Eva Müller  
[www.starkethemen.de](http://www.starkethemen.de)